



Österreich



Grüne: Unterstützung für Rechtsextreme?

In Oberösterreich will die grüne Führung, der ÖVP zuliebe, dem rechtsextremen Turnerbund wieder Subventionen zuschanzen. Wie tief kann man sinken, nur um mitregieren zu dürfen? Seite 2

Betrieb & Gewerkschaft



ÖGB: Mitglieder müssen einbezogen werden

Mit der Initiative "Zeichen setzen" gibt es erstmals auch Stimmen aus dem ÖGB, die eine Veränderung anstreben. Doch Internet-Petitionen werden nicht reichen. Seite 3

Schwerpunkt



Der Albtraum des Imperialismus

Im Irak stecken die imperialistischen Besatzer im totalen Chaos. Der Iran schwingt sich zur Regionalmacht auf. Aber: Auch im eigenen Land regen sich Bewegungen, die Bush schlecht schlafen lassen. Seiten 4/5

Internationales



Berlin: Konflikt um WASG-Kandidatur

In Berlin will die örtliche WASG zu den Wahlen antreten. Gegen die Linkspartei.PDS. Das wird durch die Sozialabbau-Politik der Linkspartei.PDS notwendig, löst aber eine heftige Kontroverse in der WASG aus. Seite 7

Zeichen UM-setzen: Wir brauchen wirklich neue Gewerkschaften! *Kämpferisch, demokratisch und ohne Privilegien*

von Sonja Grusch, SLP Wien

Spekulationsgeschäfte und undemokratische Entscheidungen rund um Bawag und ÖGB-Streikfonds haben den ÖGB in seine bisher tiefste Krise gestürzt. Zehntausende Gewerkschaftsmitglieder haben inzwischen – leider – enttäuscht ihre Mitgliedschaft zurückgelegt. Andere haben die Initiative "Zeichen setzen" (siehe Seite 3) unterschrieben. Fest steht: Die Krise der Bewegung ist nicht einmal ansatzweise vorbei.

Wozu brauchen wir Gewerkschaften?

Gerade jetzt wäre eine echte Gewerkschaft, die offensiv gegen die neoliberalen kapitalistischen Kürzungen auftritt, wichtig: Immer mehr Arbeitslose werden in – meist sinnlosen – Kursen versteckt, anstatt einen Job zu bekommen. Vollzeitjobs werden vernichtet und durch schlechtbezahlte Teilzeitjobs ersetzt. Junge Menschen landen zunehmend trotz guter Ausbildung in prekären, mies bezahlten Jobs. Unser Einkommen verliert an Kaufkraft, weil die tatsächliche Inflation weit höher ist als die offizielle. Österreich zählt zu den reichsten Staaten der Welt und trotzdem steigt die Armut.

Regierung will schwache Gewerkschaften

Mediengerecht inszeniert eröffneten Regierungsmitglieder am 2. Mai Bawag-Sparbücher. Die "Retter" Schüssel und Haider verlangten dafür einen hohen Preis: Billige Abgabe des Anteils an der Nationalbank, weitgehende Haftung des ÖGBs und die Offenlegung des Streikfonds gegenüber der Nationalbank. Hundstorfer macht das alles mit! Nein, die Regierung will den ÖGB nicht völlig vernichten. Aber Regierung und Unternehmen wollen ei-



nen geschwächten ÖGB, der noch stärker als in der Vergangenheit bremst und Kämpfe verhindern soll. Denn die kommende Regierung – egal in welcher Farbkombination – wird weitere und schärfere Angriffe auf den Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen durchführen. Im Visier sind u.a. der Kündigungsschutz, bezahlte Überstunden, Arbeitslosengeld. Veit Sorger, Chef der Industriellenvereinigung, meint offen, dass Österreich eine "starke, berechenbare und kluge Arbeitnehmervertretung (braucht)... Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen ... gemeinsam die treibende Kraft bei der Modernisierungs-Agenda sein". Wir lehnen jede Form der Dankbarkeit gegenüber einer solchen "Unterstützung", die uns künftig als GewerkschafterInnen lähmen soll, ab!

Rettung der Gewerkschaften möglich

Die Zukunft der Gewerkschaften ist offen. Es gibt Teile des ÖGB-Apparates, die die Krise zu einer zumindest teilweisen Veränderung nutzen

wollen und rund um Initiativen wie "Zeichen setzen", Vorschläge für Strukturänderungen einbringen. Aber große Teile hoffen, die Krise einfach auszusitzen zu können. Aus den Fachgewerkschaften – die unter einem direkteren Druck der Basis stehen als die ÖGB-Zentrale – gibt es auch Signale für einen etwas offensiveren Kurs. Teile der Führung haben erkannt, dass die Mitglieder nur dann bei der Gewerkschaft bleiben, wenn diese etwas für sie erreicht. Bei den jüngsten Lohnverhandlungen hat man sich daher auch "kämpferischer" gegeben. Das wird nicht reichen. Es geht nicht darum, die Krise des ÖGB "intern" zu lösen. In den führenden Gremien sitzen VertreterInnen aller Parlamentsparteien. Diese haben also alle Infos. "Intern" bedeutet, die Führung macht es sich unter Ausschluss der Mitglieder, nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit, aus-

Starke und neue Gewerkschaften nötig!

Wir brauchen starke Gewerkschaften gegen kommende An-

griffe – auch um Verbesserungen zu erkämpfen. Gewerkschaften brauchen ein Programm, das nicht die Logik von Neoliberalismus, Standorten und Kapitalismus als Ansatzpunkt hat, sondern die Bedürfnisse der Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen. Wir brauchen ein Programm, das mit dem sozialpartnerschaftlichen Kuschelkurs endgültig Schluss macht. Zentrale Punkte in einem solchen Programm könnten sein:

- ▶ eine einschneidende Arbeitszeitverkürzung (z.B. 30-Stundenwoche) bei vollem Lohn/Gehalt
- ▶ eine Wertschöpfungsabgabe,
- ▶ die Einführung der Vermögenssteuer und die Abschaffung des Stiftungsrechts
- ▶ die Anhebung von Mindestlohn und Arbeitslosengeld auf EUR 1.100,- netto
- ▶ soziale und arbeitsrechtliche Absicherung für prekär Beschäftigte.

Und Gewerkschaften brauchen demokratische Strukturen, in denen die Mitgliedschaft und nicht eine Handvoll

von FunktionärInnen entscheidet. Für eine solche Demokratisierung schlägt die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften z.B. folgendes vor:

- ▶ die Einbeziehung der Mitgliedschaft durch Abstimmungen über Verhandlungsergebnisse, demokratische Wahlen der FunktionärInnen,
- ▶ das Recht auf Informationen über Arbeit und Einkommen der FunktionärInnen,
- ▶ die regelmäßige Durchführung von BetriebsrätInnenkonferenzen und AktivistInnen-treffen.

In welcher Form es möglich sein wird, für die Umsetzung starker und neuer Gewerkschaftspolitik und Strukturen zu kämpfen, ist im Moment noch völlig offen. Die SLP wird jedenfalls nicht nur im ÖGB für einen solchen Kurswechsel eintreten. Wir werden v.a. auch bemüht sein, Menschen, die sich heute nicht in diesen Gewerkschaften organisieren wollen, bei jeder Gegenwehr gegen Sozialabbau und Ausbeutung zu unterstützen.

Der Standpunkt

Mit Studien
ist das
so eine Sache

von Sonja Grusch



Mitte Mai ist Innenministerin Prokop mit Berichten über eine Studie an die Öffentlichkeit getreten. 45%

der in Österreich lebende Muslime seien "integrationsunwillig". Aber Studien und Statistiken sind so eine Sache. Das Ergebnis hängt stark vom Ziel der Auftraggeber ab. Die Frage werden danach ausgerichtet. Das gilt auch für sogenannte "seriöse" Institute - es ist kein Zufall das IFES (SPÖ-nahe) und Fessel-Institut (ÖVP-nahe) zu jeweils entsprechenden Ergebnissen kommen. Einige Beispiele: "Sind sie der Ansicht, die Bundesregierung leistet gute Arbeit?". Ja, ich bin der Ansicht, sie leistet gute Arbeit dabei ihr Programm umzusetzen. Dass dieses Programm gegen mich gerichtet ist, und damit schlecht für mich ist, ist eine weitere Frage. Oder: "Gibt es Ihrer Ansicht nach Probleme mit MigrantInnen?" Ja natürlich gibt es Probleme, wenn man Menschen illegalisiert, wenn man ihnen miese Jobs und teure Wohnungen gibt. Nur sind das Problem nicht die MigrantInnen, sondern die VermieterInnen und Unternehmen.

Welche Fragen zur "Integrationswilligkeit" wurden in Prokops Studie gestellt? "Steht Wiener Schnitzel regelmäßig auf ihrem Speiseplan?" (d.h. das die rund 250.000 VegetarierInnen in Österreich nicht integrationswillig sind). Oder "wie oft schauen Sie sich im Fernsehen die Sendung Musikantenstadl an" (mindestens 7 Millionen ÖsterreicherInnen sind also nicht integrationswillig). Wir könnten aber auch mal die Frage an die MinisterInnen stellen, "sind Sie bereit für 941.- Euro pro Monat zu arbeiten?" (das entspricht dem Durchschnittseinkommen). Ich schätze, dass da 100% integrationsunwillig wären.

Bei einer Studie und ihrer Interpretation ist es daher immer wichtig, sich die Auftraggeber anzusehen. Was will Innenministerin Prokop? Sie beginnt den Wahlkampf. Es geht ihr darum, im WählerInnenpool der FPÖ zu fischen. Sie versucht es mit "harten Fakten", um sich vom offenen Rassismus eines Strache zu unterscheiden. Dass die Fakten so hart nicht sind, sondern einem Zweck folgend produziert werden, verschweigt sie. "es (geht) darum, dass man ... nicht mit billiger Polemik und Zahlen jongliert, um Ängste zu schüren" - hat Prokop im News gesagt, aber wohl nicht so gemeint. Es geht ja um die Wiederwahl.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11. Druck: Druckerei Fiona, Wien. Herstellungs- und Verlagsort: Wien. DVR: 08202022 Zulassungsnr: 327808W97U. Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Wahl 2006: Alternativen nötig

SLP-Initiative für Wahlantritt

von Franz Breier jun.,
SLP Wien

Im November stehen Nationalratswahlen an. Nach zwei Schlüssel-Regierungen hoffen viele ArbeiterInnen und Erwerbslose auf eine Wende. SPÖ und Grüne werden diese nicht bringen. Immer mehr Menschen wird das klar. Ein neues und ernsthaftes Angebot müsste von gewerkschaftlichen und linken Kräften ausgehen.

(Noch) keine Zeichen aus den Gewerkschaften

Besonders bedauerlich ist, dass momentan Wut und Frust über die Skandale im ÖGB noch nicht ein politisches Signal, dass eine solche Kandidatur bedeuten würde umgesetzt werden kann. Trotzdem sollten organisierte Linke schon jetzt alles unternehmen um hier für die Zukunft vorzuarbeiten. In diesem Sinne schreiben wir z.B. im April an die neue KP-Führung: "Konkret sind wir der Überzeugung, dass eine breite Liste von kommunistischen, sozialistischen und gewerkschaftlichen Kräften ein vielversprechendes Projekt bei den kommenden Nationalratswahlen sein könnte." Zu Inhalt und Struktur äußerten wir: "Wir würden für ein solches Projekt ein sozialistisches Programm vorschlagen, wel-



ches neben der prinzipiellen Ablehnung von Sozialabbau und Privatisierung, dem Kampf gegen Privilegien, Frauenunterdrückung und Rassismus auch konkret die Frage von Alternativen zum Kapitalismus behandelt. Ebenso sind wir der Überzeugung, dass hier Strukturen notwendig sind, die sich breiter und demokratischer gestalten, als bisherige Ansätze in Österreich. ... Ein Schlüssel zum Erfolg besteht unserer Meinung nach in der Orientierung auf die ArbeiterInnenklasse, ihren (noch) bestehenden Organisationen und Kämpfen. Nicht zuletzt mit glaubwürdigen Personen an der Spitze, die als kämpferische InteressensvertreterInnen bekannt sind (auf regionaler Ebene ist hier fraglos ein

gewisses Reservoir vorhanden) könnte zumindest ansatzweise ein ähnlicher Druck wie in Deutschland im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung erzeugt werden, ein derartiges Projekt zu unterstützen." Die Antwort der KPÖ war ausführlich, jedoch ablehnend. SLP-Mitgliedern wird lediglich angeboten, auf der KPÖ-"Offenen Liste" zu kandidieren - das ist unserer Meinung nach "alte" Politik. Wir meinen: ein ernsthaftes Bündnis welches diesen Namen verdient und eine gewisse Anziehungskraft besitzen könnte, würde auf gleichberechtigter Basis entstehen und vor allem ein Angebot an (noch) nicht-organisierte Menschen richten, sich aktiv zu beteiligen. Gleichzeitig soll niemand seine politische Identität ver-

stecken müssen. Wir antworteten: "... die SLP bedauert die Fortsetzung des bisherigen KP-Standpunkts, der auf die Formel "Linke Einheit = KPÖ-Offene Liste" hinausläuft. Wir denken, dass damit eine Chance vertan wird, die Möglichkeiten eines echten Bündnisses unter Beibehaltung der Identität aller beteiligten Gruppen und Strömungen auszuloten."

Zeichen setzen -
auch in der Politik

Die gewerkschaftliche Initiative "Zeichen Setzen" (siehe S. 3) fordert, dass der ÖGB "unabhängig von den politischen Parteien" wird. Das ist Ausdruck der Wut über die Sozialabbau-Politik aller etablierten Parteien, v.a. auch der

SPÖ. Die InitiatorInnen sollten sich überlegen, ob sie Schritte in Richtung einer Kandidatur setzen; z.B. als "Plattform gegen Sozialabbau und Privatisierung". Denn immer mehr sozialdemokratische GewerkschafterInnen sehen, dass sie echte Gewerkschaftspolitik gegen die SPÖ machen müssen. Wir würden es begrüßen wenn bei den kommenden Wahlen eine Liste von kämpferischen "Zeichensetzern" aus verschiedensten Bereichen zusammenkommt und antritt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gehen wir aber davon aus, dass es notwendig ist den Antritt der SLP vorzubereiten. Wir bleiben jedoch bereit, bei etwaigen Initiativen aus gewerkschaftlichen Kreisen bzw. unabhängigen Kandidaturen von kämpferischen AktivistInnen die Frage einer Bündniskandidatur erneut aufzuwerfen. Insbesondere richten wir dieses Angebot auch an all jene die sich eventuell überlegen sogar KPÖ als "Zeichensetzung" gegen die Etablierten zu wählen, aber eigentlich mit dem Kurs der Partei wenig anfangen können. Wir hoffen auch auf Rückmeldungen der LeserInnen des VORWÄRTS zu dieser Frage. Der Briefwechsel zwischen SLP und KPÖ kann auf unserer Homepage nachvollzogen werden: <http://slp.at/index.php/artikel+M5884e9a979f/>

Von schwarz-grün zur grün-braunen Anbieterung?

Pünktlich zu 20 Jahre Grüne überlegen diese in OÖ Subventionen für rechten Turnerbund

von Reinhard Rinner, SLP OÖ
und John Evers, SLP Wien

Nachdem Van der Bellen längst erklärt hat, dass Abfangjäger und Studiengebühren kein Hindernis für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene darstellen, zeigt sich in Oberösterreich wie schnell und tief die Grünen an der Macht sinken können und werden.

Grüne für Rechtsextreme?

Unglaublich aber wahr: Die Grünen in Oberösterreich wollen dem "Österreichischen Turnerbund" (ÖTB) wieder öffentliche Subventionen zukommen lassen, nachdem ihm 2005 erstmals mehrere zehntausend Euro aus Steuergeldern nicht bewilligt wurden. Seit Jahren haben gegen diesen Geldsegen für den ÖTB, AntifaschistInnen aus ÖGB/AK, SPÖ, Grünen, KPÖ, aber auch SLP (unser Mitglied Franz Breier jun. wurde sogar verklagt) protestiert. Die ÖTB-Führung will derzeit den Eindruck erwecken, dass seit dem Prozess 1980/81, in dem der "Bundesturnzeitung" (BTZ) eine "nationalsozialistische Schreibweise" bescheinigt wurde, keine derartigen

Zwischenfälle mehr vorgefallen wären. Tatsache ist aber, dass noch anfangs der 90er "Rassenreinheits"-Fahnen z.B. bei einem "Gauturnfest" in Vöcklabruck auftauchten, während die BTZ-"Schriftleiterin" Gabi Eder damals in einem Leitartikel (unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das Gedankengut des deutschnationalen "Turnvaters" Jahn! - Zitat: „Polen, Franzosen, Pfaffen, Junker und Juden sind Deutschlands Unglück!") den Holocaust-Leugner David Irving verteidigte. Noch 1996 wurde die Streichung des "deutschen Volkstums" aus den Leitlinien verweigert. Am 1. November 2001 (!) sang die Führung des ÖTB Wien bei einer Totenehrung das SS-Lied "Wenn alle untreu werden" und ließ Texte von Ottokar Kernstock (Verfasser des "Hakenkreuzliedes") und Herbert Böhme (Verfasser des Gedichtes "Der Führer") vortragen.

Alles geben für
die Koalition?

Seit einigen Monaten läuft eine Diskussion zwischen Grüner Parteispitze und ÖTB-Führung, welche Maßnahmen diese setzen muss, um die

beträchtlichen Förderungen wieder zu bekommen. Rechtzeitig zum (teuren) Bundesturnfest im Juli in Linz. Druck dürfte v.a. von Landeshauptmannes Joseph Püringer (ÖVP) ausgehen, selbst ÖTB Mitglied. Auch erzuhrte grüne Mitglieder stellen die Angelegenheit als Alleingang einer völlig entgrenzten Parteispitze um Landesrat Rudolf Anschöber dar. "Der Beschluss war eigentlich klar: weitere Gespräche, sicher keine Gelder. Jetzt verdichten sich aber die Indizien, dass unsere Regierungsmannschaft der ÖVP zu Liebe umfällt und vorzeitig Förderungen locker macht", kritisiert selbst eine grüne Gemeinderätin. Ein Einzelfall? Ein grüner Gemeinderat von Klosterneuburg namens Erich Wonka ist Mitglied des MTV (Männerturnverein), der dem ÖTB angehört.

Dass die SPÖ um nichts besser ist, zeigte sich bei der Abstimmung über Subvention für das Bundesturnfest des ÖTB in Linz: sie ermöglichte die Subvention. Laut Subventionsbericht fördert Linz jährlich mit 70.000 Euro.

Grüne in der Sackgasse!

Der Vorfall wirft allerdings

Rudi Anschöber,
bequem am Sessel
der Macht.

eher zwei grundsätzliche Fragen auf. Erstens: Warum soll man mit Vorfeldorganisationen des Rechtsextremismus Verhandlungen überhaupt aufnehmen? Zweitens: Welche Perspektiven verbinden jene Linken die sich - eventuell sogar aus Frust über die SPÖ -

den Grünen zugewandt haben, noch mit dieser Partei? Dass die Sache nicht nur ein Ausrutscher war, zeigen auch andere Beispiele. In Ried haben die Grünen schon vor einiger Zeit mit der FPÖ koalitiert ...

ÖGB: Zeichen UM-setzen!

Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften veranstaltete am 18. Mai eine Podiumsdiskussion mit den Titel "ÖGB in der Krise: Ursachen und Lösungen".

Ein Bericht von Charly Krumpeschmid, SLP Wien

Die Diskutanten am Podium bestanden aus Harald Mahrer als Vertreter des Veranstalters, Willo Mernyi, dem Leiter des Kampagnenreferates des ÖGBs und kooptiertes ÖGB-Bundesvorstandmitglied, Oliver Jonischkeit (Gewerkschaftlicher Linksblock-GLB) und Thomas Kerschbaum von den Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG). Die mehr als 50 anwesenden Besucher waren sowohl "alte Hasen" der gewerkschaftlichen Arbeit, wie auch viele interessierten junge und ältere "nur", "nicht mehr" oder "noch nicht" Gewerkschaftsmitglieder.

Wie konnte es dazu kommen?

Die Wichtigkeit starker Gewerkschaften wurde bei dieser Diskussion besonders hervorgehoben. Als einer der Hauptursachen der ÖGB-Krise wurde einhellig der "Kuschelkurs" gegenüber den Arbeitgebervertretern angesehen, ebenso wie die jahrzehntelange Entpolitisierung und Entideologisierung der Gewerkschaftsbewegung. Die, bis dato ungenügend hinterfragte, hierarchische Struktur plus Sozialpartnerschaft war, nach Mei-



nung diverser Wortmeldungen, hauptverantwortlich für das Versagen und teilweise Fehlen der Kontrolle.

ÖGB neu, aber wie?

Nicht "ausgewogene" Verhandlungsergebnisse mit Rücksicht auf "wirtschaftliche Notwendigkeiten", sondern konsequente Vertretung der Interessen von ArbeitnehmerInnen stärken das Vertrauen in die Gewerkschaft. Statt Standortlogik muss wieder Internationalität treten, da der weltweite Angriff gegen Arbeitsrechte und sozialen Leistungen nur global abgewehrt werden kann. Die Masse an Erwerbslosen und Beschäftigten in prekären Verhältnissen verlangt nach neuen Formen der Mitgliederwerbung und Betreuung. Die Antwort gegen das Ausspielen

inländischer ArbeitnehmerInnen mit KollegInnen mit migrantischen Hintergrund kann nur ein gemeinsames, solidarisches Handeln sein.

Zeichen der Zeit erkennen!

Wie sich bei der Diskussion herausstellte, ist Willy Mernyi auch einer der Hauptinitiatoren von "Zeichen setzen", einer vor wenigen Wochen aus den Reihen des ÖGB gegründeten Plattform, die sich Änderungen im ÖGB zum Ziel setzt. Die Forderungen sind eine Einkommensgrenze von maximal EUR 4500,- netto sowie die Veröffentlichung der Gehälter, einen Frauenanteil von 50 Prozent, die verstärkte Einbindung von kleinen Fraktionen als auch von Fraktionslosen, die die Kontrolle der Gewerkschaftsorganisationen übernehmen sol-

len. Diese Minimalforderungen finden offensichtlich Anklang – innerhalb weniger Wochen unterstützen bereits weit über fünftausend Personen diese Plattform. Viele Debattenbeiträge betonten darüber hinaus, dass ein wirksamer Kurswechsel nicht nur bei den Strukturen hängen bleiben darf, sondern auf den Bruch der Gewerkschaften mit der Idee der Sozialpartnerschaft bedeutet. Ebenso wurde die Öffnung der Diskussion rund um "Zeichen setzen" für alle interessierten Gewerkschaftsmitglieder gefordert – und von Kollegen Mernyi versprochen.

Zeichen setzen heißt Zeichen UM-setzen!

Damit "Zeichen setzen" nicht rein zum Ablassen von Unmut verkommt, möchte

die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften erreichen, dass die breite Unterstützung zu einer tiefgreifenden Demokratisierung des ÖGB genutzt wird. Beginnen sollte dies mit einer Konferenz noch vor der Nationalratswahl, wo alle Unterstützer Ihre Ideen und Energien einbringen sollen. Dieser Vorschlag wurde auf der Veranstaltung einhellig begrüßt. Bei einer solchen Konferenz müssen die politischen Ziele und deren Umsetzung diskutiert und beschlossen werden. Dass rasches Handeln notwendig ist, hat ein Diskutant in Anlehnung auf ein altes Zitat auf den Punkt gebracht: "Wenn wir auf spannende Diskussionen am ÖGB-Bundeskongress hoffen, haben wir bereits verloren!"

TERMIN

Dienstag, 13.06.'06 19:00

Wie kommen wir von "Zeichen setzen" zu Zeichen UM-setzen

Veranstaltung der Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften

"Amerlinghaus", Raum 3, Wien 7.; Stiftgasse 8

Ihr da oben, ...

Kampf um bessere Bezahlung geht weiter

Ab 01.05.2006 gilt der sog. "BAGS-KV" (so heißt der Kollektivvertrag im Sozialbereich) für ca. 25.000 Beschäftigte mehr (insgesamt für ca. 65.000 KollegInnen). Durch die neue Satzung gilt der KV nun im Wesentlichen für die Behindertenarbeit, Soziale Dienste, und Altenbetreuung. Die privaten Kindertagesheime fallen (neben vielen anderen Bereichen) weiter nicht in den BAGS. Vor allem die Wiener Kinderfreunde "profitieren" davon – der SP-Betrieb muss damit seinen ArbeiterInnen und Angestellten nicht einmal die sehr geringe Bezahlung nach BAGS-KV zusichern. Peinlich für die SPÖ. Peinlich aber auch die Optik für alle GewerkschafterInnen im Sozialbereich, denn mit der ursprünglichen Satzung hätten die Kinderfreunde KollegInnen zumindest den BAGS-KV bekommen. Der schnelle Rückzug des alten Satzungsantrags und die Nachreichung eines abgeschwächten Antrags, schaut sehr nach Liebesdienst an die Wiener SPÖ aus. Die SLP im Sozialbereich wird wie in der Vergangenheit (letzte KV-Verhandlung) für eine massive Anhebung der Bezahlung eintreten.

Post: Solidarität mit Robert Hobek

Robert Hobek, kämpferischer Vorsitzender des VPA (= Betriebsrat, GLB) im Postamt 1230 hat derzeit gleich zwei Verfahren gegen das Postmanagement laufen. Die absurden Vorwürfe: Widerrechtliche Benutzung der Haussprechanlage des Postamtes und Wegwerfen von Postsendungen. Ein "Musterprozess" wie ein Management kritische Gewerkschafter loswerden kann steht kurz vor dem Abschluss. Die SLP erneuert in diesem Zusammenhang ihren Vorschlag an die GLB eine breit angelegte Verteidigungskampagne für Robert Hobek zu starten.

Für Zivildienerrechte

Trotz des Urteils des Verfassungsgerichts im Oktober 2005, welches Zivildienern ein tägliches Essensgeld von 13,60 Euro zuspricht, hat sich die Lage der meisten seither kaum verbessert. Zivildienere leben noch immer knapp am oder unter dem Existenzminimum. Oft müssen die Eltern einspringen, um den Zivis ein anständiges Leben zu ermöglichen. Arbeitszeiten von bis zu 55 Stunden pro Woche sind keine Seltenheit, die Ausbildung ist in vielen Fällen mangelhaft und wenn sich die Zivis beklagen wollen, gibt es keine Interessensvertretung, die sich für sie einsetzt. Damit gilt es Schluss zu machen! Diese Unterschriftenaktion soll ein Zeichen setzen, damit Zivildienere, die das Rückgrad des österreichischen Sozialsystems darstellen, zu ihren elementaren Rechten kommen. (<http://zivildienst.fuchsy.com/petition/>)

... wir hier unten!

Zu den historischen Wurzeln der aktuellen Krise

Die seltsame Gründungsgeschichte des ÖGB

von Nora Brandes, SLP Wien

Im April 1945, als noch die letzten Kämpfe um Wien tobten, trafen sich Vertreter der SPÖ, KPÖ und ÖVP, um den ÖGB als überparteilichen gewerkschaftlichen Dachverband zu gründen.

Gründung, von oben – undemokratisch von Beginn

Der ÖGB entstand also nicht aus Arbeitskämpfen oder Bewegungen der breiten Masse der arbeitenden Menschen in Österreich, sondern wurde ihnen durch VertreterInnen von oben übergestülpt. Die einfachen Mitglieder der Basis hatten von Anfang an kaum eine Möglichkeit auf die Gestaltung des ÖGB Einfluss zu nehmen. Erst 1948, drei Jahre nach seiner Gründung, als das Gerüst und die politische Ausrichtung feststanden, wurde der erste ÖGB-Kongress abgehalten. Dieses Demokratieverständnis der ÖGB-Spitze hat sich seit damals nicht verändert und ist auch in den Strukturen des ÖGB, die ein grobes Demokratiedefizit aufweisen, deutlich ablesbar.

ÖGB als Ordnungsmacht im kapitalistischen Staat

Form und Inhalt bedingen

einander. Folglich hatte das Nichteinbeziehen der Basis auch eine Auswirkung auf die politische Ausrichtung des ÖGB. Die ÖGB-Führung ging von einem gemeinsamen Interesse der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen an der Aufrechterhaltung "unserer Wirtschaft" aus und ordnete die Interessen der ArbeitnehmerInnen den Erfordernissen der Kapitalverwertung unter.

Die ÖGB-Spitze definierte den kapitalistischen Wiederaufbau, die Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft und die Steigerung der Produktion als die zentralen Ziele. Der ÖGB verstand sich also als Ordnungsmacht im kapitalistischen Staat und nicht als eine Kampforganisation, die die Interessen der ArbeiterInnenenschaft vertritt.

Die Vorläufer der Sozialpartnerschaft

1947 wurde in Zusammenarbeit zwischen der Gewerkschaft und der Wirtschaftskommission die Einführung von Lohn-Preis-Abkommen beschlossen. Die fünf Lohn-Preisabkommen, die von 1947–1951 folgten, waren die Vorläufer der Sozialpartnerschaft. Sie bedeuteten ein Aus-



einanderdriften der Schere zwischen Löhnen und Preisen: Währenddem die Preise anstiegen, blieben die Löhne auf gleichem Niveau und der Lebensstandard der arbeitenden Menschen sank enorm. Der Nachkriegsaufschwung wurde so zu einem großen Teil auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragen.

Widerstand der ArbeitnehmerInnen

Im Zuge der Lohn-Preis-Abkommen kam es immer wieder zu Streiks der ArbeiterInnenenschaft, die gegen die prokapitalistische und arbeitnehmerInnenfeindliche Politik der ÖGB-Spitze protestierten. Ende Sep-

tember 1950 erreichten sie mit einer großen Streikwelle und großen Protestkundgebungen (v. a. in Wien, Oberösterreich und der Obersteiermark) gegen das vierte Lohn-Preis-Abkommen einen Höhepunkt. Der Streik wurde von Regierung und ÖGB zum kommunistischen Putsch umgedeutet.

Sozialpartnerschaft

Da die Kapitalseite der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Unterdrückung von ArbeiterInnenprotesten und hohe Ausbeutungsraten zu verdanken hatte, sprach nichts gegen eine Institutionalisierung dieser Zusammenarbeit und 1957 wurde die Pa-

ritätische Kommission gegründet. Undemokratische Strukturen und Kuschelkurs wurden als Sozialpartnerschaft zur Orientierung des ÖGB – und bilden heute den Hintergrund der Krise der Gewerkschaftsbewegung.

Der volle Text dieses Referats ist auf www.slp.at/abrufbar

TERMIN

Mittwoch, 31.05.'06 19:00
Geht es uns allen zu gut?

Diskussion zur "Verelendungstheorie"

"Fünfhäuser Stüberl", Wien 15.; Löhrigasse 13 (Nähe Westbahnhof)

Der Albtraum des US-Imperialismus

Irak mit mehr als einem Fuß im Bürgerkrieg / Hamas-Sieg in Palästina / Mullah-Regime im Iran bislang der "heimliche Sieger" / Nur ArbeiterInnen-Einheit kann Ausweg aufzeigen

von Harald Mahrer, SLP Wien

Am 16. März veröffentlichte die Bush-Administration ihre "neue nationale Sicherheitsstrategie". Bereits der erste Satz des 49-seitigen Dokuments macht alles klar: "Amerika befindet sich im Krieg." Offiziell ist der Krieg im Irak bereits seit 3 Jahren zu Ende, doch die Lage im Irak wird immer schlimmer. Über 2.100 US-Soldaten sind seit dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen im Mai 2003 ums Leben gekommen, rund 30.000 wurden verwundet. Dieser Blutzoll trägt erheblich dazu bei, dass sich die Umfragewerte von George W. Bush jun. im freien Fall befinden. Nur noch 29% der Befragten in einer Gallup-Umfrage im März hatten eine positive Meinung von George W. Bush, gerade einmal 34% meinten, er würde seinen Job gut erledigen. So unbeliebt war kein Präsident seit Richard Nixon in den 1970ern mehr. Am 21.6. wird dieser Mann nun von Schüssel und der EU in Wien empfangen - und von einer Großdemonstration die sich gegen dieses imperialistische Gipfeltreffen richtet. Tatsächlich scheinen Bushs Alleingänge inzwischen vor allem als Risiko für das internationale Kapital.

Bush unter Druck

Bush und seinen Freunden steht allerdings nicht nur im Irak das Wasser buchstäblich bis zum Hals. An den Folgen des Hurrikans Katrina hätte sich der Präsident beinahe verschluckt. Die Wut über die offensichtliche Unfähigkeit des Krisenmanagements, brach große Risse in der amerikanischen Gesellschaft auf. Hunderttausende, vor allem Arme und Angehörige ethnischer Minderheiten stellten die Frage, was die Nationalgarde im Irak zu suchen hat, wenn die verbliebenen Kräfte nicht einmal reichen, um die Leute im eigenen Land vor einer Naturkatastrophe, die sich noch dazu tagelang angekündigt hat, zu schützen. Katrina gab dem "Sicherheitsbegriff" des durchschnittlichen Bewohners New Orleans einen neuen Inhalt.

Doch die Natur war nicht die einzige Kraft, die George W. Bush übel mitspielte. Im letzten Jahr deutet eine Zunahme an Streiks und Protestbewegungen, die in den massiven Protesten von EinwandererInnen ihren bisherigen Höhepunkt fanden, auf ein Wiedererwachen des "schlafenden Riesen" hin: Die US-amerikanische ArbeiterInnenklasse hat sich eindrucksvoll zurück gemeldet.

Zu Weihnachten gingen - gegen eine gewaltige Medienhatz - die New Yorker U-Bahn-FahrerInnen in einen 3-tägigen Streik. Gefordert wurden eine substantielle Lohnerhöhung, eine Krankenversicherung, die vom Arbeitgeber bezahlt wird, sowie Pensionserhöhungen. Der Streik ging zwar in den Hauptfragen verloren, die Kampfkraft der ArbeiterInnen bleibt aber aufrecht, wie die Ablehnung eines Kompromisses bei einer Urabstimmung nach dem Streik zeigt.

Auch in der Autoindustrie - einem Herzstück der amerikanischen Industrie - organisieren und wehren sich die ArbeiterInnen mit zunehmend militanten Mitteln gegen immer dreistere Angriffe. Die jüngsten Vorschläge der Konzernbosse sehen massive Lohnneinbußen vor.

Eine Welle von Klassenkämpfen überrollte die USA in den ersten Tagen des Mai. Millionen EinwandererInnen gingen gegen eine Verschärfung der Einwanderungsgesetze auf die Straße. Sehr bewusst strich diese Bewegung auch ihre wirtschaftliche Macht heraus: "Nichts ginge mehr, wenn die EinwandererInnen ihre Arbeit nicht mehr machen würden".

Die "normalen" Menschen in den USA glauben den Lügegebäuden der Administration Bush nicht mehr; sie erkennen, dass ihren Sicherheitsinteressen nicht mit dem Konzept des "Krieges gegen den Terror" entsprochen werden kann.

Neben der massiven Anti-Kriegsstimmung in



weiten Teilen der Bevölkerung, die sich auch in einer stärker werden Anti-Kriegs-Bewegung ausdrückt, rückt auch ein Teil des Establishments vom Kriegskurs des Präsidenten ab. Zwar sind die Forderungen nach einer Truppenreduzierung und die Beschwerden über die Unfähigkeit der US-Army, Frieden in den Irak zu bringen, oft nicht mehr als populistisches Geheul vor den im Herbst anstehenden Wahlen zu Abgeordnetenhaus und Kongress. Dennoch drücken sie das immer weniger zu leugnende Gefühl der Herrschenden aus, im Irak in einen Albtraum ohne erkennbarem Ende zu stecken.

Totales Chaos im Irak

Eigentlich befinden sich die USA laut offiziellen Angaben aus dem Weißen Haus seit Mai 2003 nicht mehr im Krieg, sondern im Aufbau der befreiten Nation Irak. Die Realität sieht anders aus: Die Wirtschaftsleistung des Irak liegt weit unter dem Niveau vor dem Krieg, der Irak bringt heute weniger Öl auf den Weltmarkt als zu Zeiten des UN-Embargos (Oil for Food-Programm). Doch selbst von den Einnahmen, die aus der Ölförderung erwachsen, haben die normalen IrakerInnen nichts. Dieses Geld versickert irgendwo zwischen US-Konzernen, der irakischen Regierung und regionalen Führern. Die Elektrizitätsversorgung, das Gesundheitswesen und das Transportwesen sind de facto noch immer nicht wieder funktionstüchtig.

Die US-Truppen sind weit davon entfernt etwas zum Aufbau des Iraks beizutragen. Im Gegenteil, die Anzahl der Luftangriffe hat sich von rund 25 monatlich anfangs des Jahres 2005 auf rund 150 pro Monat im Dezember desselben Jahres erhöht. Das kann nicht gerade als Wiederaufbauprogramm bezeichnet werden. Die Truppen sind zunehmend damit beschäftigt, ihre eigene Haut zu retten.

Die Bush-Administration versucht gerade im Wahljahr die Truppenstärke von ca. 135.000 - 150.000 auf rund 100.000 zu reduzieren. Dies soll durch eine "Irakisierung" des Konflikts gelingen: Einheimische Truppen (und eine wachsende Zahl von Söldnern) müssen mehr und mehr Aufgaben übernehmen, während sich die regulären Truppen auf die Sicherung von Stützpunkten und strategisch bedeutsamen Gebieten beschränken.

Dabei stützen sich die Besatzer aus den USA,

Großbritannien und ihrer Verbündeten auf verschiedene Milizen, die alle eines gemeinsam haben: Sie sind entlang ethnischer und religiöser Linien aufgebaut. So gibt es sowohl schiitische, sunnitische und kurdische Einheiten. Der zunehmende Einfluss dieser Milizen erhöht die ethnischen und religiösen Spannungen in diesem Pulverfass noch mehr.

Die von den Besatzern eingesetzte Marionettenregierung, die schiitisch dominiert ist, gießt mit eigenen (schiitischen) Todesschwadronen und Geheimgefängnissen noch mehr Öl ins Feuer. Die Situation entwickelt sich von einem mehr schlecht als recht kontrollierten Chaos Richtung unkontrollierbarer Katastrophe. Nach dem Bomben-Anschlag auf die Al-Aksawi-Moschee in Samarra, einer der heiligen Stätten des schiitischen Islams, stand das Land mit mehr als nur einem Fuß im Bürgerkrieg. Im Gegenzug zündeten schiitische Milizen sunnitische Moscheen an. Dass sich die schiitischen Milizen noch etwas "zurückhalten", liegt paradoxerweise am mäßigendem Einfluss des Feindes Nr. 1 der USA: dem Iran. In einem Prozess, in dem das ehemalige Saddamreich in 3 kleinere Diktaturen zu zerfallen droht, kann der Punkt, an dem sich das Regime in Teheran gezwungen sieht, auf den verstärkten Einsatz dieser Milizen zu setzen, aber schneller kommen, als den Amerikanern lieb ist. Auch der Iran hat vitale Interessen am Schiiten-Gebiet mit samt seinem Öl-Reichtum.

70% der IrakerInnen sind für einen sofortigen Abzug der Besatzungstruppen, 87% (64% der KurdInnen) wollen zumindest einen Zeitplan für den Rückzug. Die Pro-Besatzungs-Partei rund um Ex-Premier Allawi erreichte bei den Wahlen gerade 20 der 275 Parlamentssitze. Die Besatzer spielen die verschiedenen Gruppen gegeneinander aus und versuchen so ein Gleichgewicht herzustellen, das ihnen als Grundlage ihrer Herrschaft dient. Doch die Taktik des "Teile-und-Herrsche" erscheint zunehmend zu einem Spiel mit dem Feuer zu werden und das auf einem riesigen Pulverfass.

Palästina: "Falsch" gewählt

In Palästina erlitt eine zentrale Propagandalüge des Bush'schen Kreuzzuges einen schweren Dämpfer: Die Behauptung von der Demokratisierung der Region. Der US-Imperialismus hat erkannt, dass die alten, ganz und gar nicht de-

mokratischen, Regime in der Region immer instabiler werden. Neue, loyale Führungen müssen also her.

Spätestens nach dem Wahltriumph der radikal-islamistischen Hamas in Palästina, ist klar wie hohl die Phrasen des Westens sind. Da das Wahlergebnis nicht passt, werden "Hilfsgelder" gestrichen und neue Drohszenarien entwickelt. Israels Premier Olmert bastelt im Hintergrund an einer einseitigen "Lösung" des Problems. "Palästina ist was übrigbleibt", scheint das Motto der israelischen herrschenden Klasse zu sein. Und dieses "übrig", dürfte nicht viel sein. Schon jetzt empfindet die überwältigende Mehrheit der PalästinenserInnen, ihr Land als Freiluftgefängnis. Daran wird zwar auch die Hamas sicher nichts ändern, da diese reaktionäre, antisemitische und rassistische Organisation mit ihren Methoden nicht zuletzt den Interessen der PalästinenserInnen schadet. Dass sich aber angesichts des weiter erhöhten Drucks auf die Bevölkerung, die Lage entspannen könnte, darf ebenso bezweifelt werden. Ein Kommentator bringt es am 16. Februar 2006 im International Herald Tribune unter der Schlagzeile "Der Umgang mit der Hamas" auf den Punkt: "Sie [die PalästinenserInnen, Anm.] werden bereits von ihrer Wut, ihrem Frust und durch bittere Armut in den Wahnsinn getrieben. Ist es wirklich zu erwarten, dass mehr Bestrafung durch die Israelis und die Amerikaner, diesmal dafür, dass sie nicht so gewählt haben, wie wir es wollten, sie dazu bringt, ihre Finger von der Hamas zu lassen? In der langen, traurigen Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts findet sich nicht der kleinste Beweis, dass eine weitere Verschärfung der ökonomischen Lage für die palästinensische Bevölkerung dazu führen würde, dass sie ihre politischen Ansichten mäßigen würde. Die Erfahrung lehrt uns das exakte Gegenteil."

Iran gestärkt

Obwohl die Führung in den USA, den Iran zunehmend zum Hauptfeind erklärt, spielen diese Entwicklungen dem Regime in Teheran derzeit nicht zu unrecht die Zeit gekommen, sich auf den Weg zu einer bedeutenden Regionalmacht zu machen. Der Einfluss Teherans auf die Mehrheit im Irak (die Schiiten) wächst, auch in Af-

ghanistan unterhalten die Mullahs Kontakte zu diversen Milizen. Im Libanon kam mit der Hisbollah eine traditionell Iran-nahe Bewegung in die Regierung. Die Hamas-Regierung in Palästina findet ebenfalls ausschließlich in Teheran Unterstützung.

Vor einem erstarkten Iran graut den Strategen in Washington, weniger aus ideologischen, denn aus ökonomischen Gründen. So strebt das Regime in Teheran die Einrichtung einer Ölhandels-Börse, die erstmals nicht mehr in Dollar sondern in Euro verrechnet an. Ähnliche Pläne hatte auch der Irak - vor dem Einmarsch der US-Truppen.

Obwohl der Chef der internationalen Atombehörde IAEO, El-Baradei, "keine Anzeichen" für die Entwicklung von waffenfähigem Material im iranischen Atom-Programm erkennen konnte, verschärft die US-Regierung den Ton. Außenministerin Condoleezza Rice erklärte den Iran "zur größten Bedrohung für die freie Welt". Sie will dem Großmachtstreben des iranischen Regimes etwas entgegensetzen. Weil der militärische Apparat der USA im Irak ohnehin bereits über seine Grenzen strapaziert ist, ist ein Einmarsch im Iran extrem unwahrscheinlich bis unmöglich. Auch wegen dieser Schwäche muss Bush auf "Regime Change" setzen. Doch da sich im Iran so gut wie keine pro-amerikanische Opposition finden lässt, muss die amerikanische Regierung inzwischen von einem "Change within the Regime" (Wechsel innerhalb des Regimes) sprechen. Die Ansätze der "Reformer", die in den vergangenen Jahren eine verstärkte Öffnung des iranischen Marktes für westliches Kapital anstrebten, sind aber aufgrund ihrer Unfähigkeit, die Lebenssituation der IranerInnen zu verbessern, völlig diskreditiert. Gerade dieses Versagen hat einem Populisten wie Achmedinejad den Weg bereitet. Mit Versprechungen für Arbeit zu sorgen und Wohnen billiger zu machen, konnte er die Wahl gewinnen und die Macht der Mullahs sichern. Nun nützt Achmedinejad den Konflikt mit den USA um das Atomprogramm, um die Herrschaft der herrschenden Elite zu stabilisieren. In breiten Schichten der iranischen Bevölkerung gibt es Zustimmung zur nuklearen Bewaffnung. Dies ist nicht weiter verwunderlich, wird der Iran von Atomstaaten (Israel, Russland, China, Pakistan, USA im Irak) geradezu umzingelt. Die Türkei, ein Nachbarstaat des Iran, hat ebenfalls angemeldet, nuklear aufrüsten zu wollen. Die USA und die iranische Führung profitieren somit beide im Moment davon diesen Konflikt am köcheln zu halten. Eine langfristige Lösung scheint also ohne tatsächlichen "Regime-Wechsel" in beiden Staaten durch eine Bewegung von "Unten" - die jenseits solcher Interessen steht - ausgeschlossen.

Albtraum ohne Ende?

Nach jahrelangem neoliberalen Raubzug in der Region, der die Zerschlagung der - in manchen Ländern wie Ägypten und dem Irak recht starken - staatlichen Sektoren der Wirtschaft brachte und die Bevölkerung verarmen ließ, finden sich Millionen Menschen in einem Albtraum aus Armut und Krieg wieder. Selbst die einfachen Soldaten der imperialistischen Armeen im Irak, können ein durchaus leidvolles



Lied davon singen. Hass schlägt ihnen entgegen. Jedes Verlassen des Stützpunktes ist potentiell tödlich. Von britischen Soldaten wird berichtet, sie seien so verzweifelt, dass sie sogar Geld für ihren Abzug zahlen würden.

Wie kann dieser Albtraum beendet werden? Ziehen sich die imperialistischen Truppen zurück, versinkt der Irak und damit vielleicht der halbe Mittlere Osten im BürgerInnenkrieg. Wie soll Frieden zwischen Palästina und Israel möglich werden, solange mit Bomben gegen ZivilistInnen vorgegangen wird? Warum sollte mehr Demokratie besser sein, wo doch allzu oft islamische Fundamentalisten die Wahlen gewinnen und so erst recht eine Diktatur im Raum steht? Sind "die Moslems" einfach von Haus aus Fundis?

Historisch ist der Fundamentalismus - etwa gerade im Iran Ende der 1970er Jahre - erst durch das Versagen der kommunistischen Partei die Macht im Rahmen der Massenbewegung gegen den Schah zu übernehmen, entstanden. Ebenso existierten in vielen Ländern der Region über Jahrzehnte Ansätze verschiedener Regime

die aus "Volksbewegungen" entstanden waren, durch antikapitalistische Politik Verbesserungen für die Bevölkerung umzusetzen. Fundamentalistische Gruppen (Hamas, Afghanistan) wurden demgegenüber vom Imperialismus bewusst gegen diese Ansätze unterstützt. Der politische Islam profitiert nun letztlich vom Scheitern der Regime und Befreiungsbewegungen (wie die PLO) die ihren "Antikapitalismus" aufgaben und zunehmend diktatorische Züge trugen. Dennoch: Es gibt nur eine Kraft, die diesem

trolle bringen. Mit einem sozialistischen Programm bewaffnet, das einerseits auf die Errichtung einer demokratisch geplanten Wirtschaft, in der die Schlüsselindustrien - allen voran das Öl - vergesellschaftet sind, abzielt und andererseits durch sich durch die Garantie für volle Minderheitenrechte über ethnische und religiöse Grenzen hinwegsetzen kann, kann es gelingen zum Albtraum für George Bush & Co zu werden und gleichzeitig den Albtraum von Millionen zu beenden.

DISKUSSIONEN

Montag, 19.06.'06 17:30
Auf zur Demo gegen den
Bush-Besuch am 21. Juni
Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

Freitag, 02.06.'06 18:30
Bush kommt nach Wien -
Wir bereiten ihm eine heißen Empfang
Pizzeria "Topolino", Wien 3., Ungargasse 4
(5 Gehminuten von Landstraße/Wien Mitte)

Donnerstag, 25.05.'06 18:00
Die Rolle der US-SozialistInnen in
der Antikriegs-Bewegung
"Piwnica" (früher: Peer Gynt), Wien 20.,
Jägerstraße 38

EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel

Wasser predigen, Wein trinken

von Helene-Hannah Hovorka, SLP Wien

Von 11.-13. Mai fand in Wien der EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel statt. Viele Staats- und Regierungschefs aus Lateinamerika und der EU nahmen teil. Darunter auch der im Moment wegen der Verstaatlichung von Erdgas und wegen seines harten Kurs' gegen die Großgrundbesitzer von den Reichen seines Land scharf kritisierte Präsident Boliviens, Evo Morales, sowie der Präsident Venezuelas, Hugo Chavez. Beide werden in der "westlichen Welt" wie Verbrecher verunglimpft.

Chavez & Morales stahlen die Show

Beide stahlen den anderen Regierungschefs die Show. Vor allem um Chavez wurde in Wien ein großer Rummel gemacht. Er sprach am 11. Mai in der Urania vor nicht allzu großem Publikum (Platzmangel), am 12. Mai in der Arena vor mehreren Tausend und am 13. Mai in der Stadthalle ebenfalls vor mehreren Tausend u.a. über seinen "Sozialismus" und "die Kapitalisten". Diese Treffen mit linken Jugendlichen (und auch Älteren) waren ihm wichtiger, als auf einen Empfang von Wolfgang Schüssel zu gehen! Chavez und Morales haben sich als einzige nicht auf Treffen mit den "Reichen und

Mächtigen" beschränkt - das ist neu. (Ein kurzer Kommentar dazu auf S. 7)

Gipfelthemen: Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Bei den Gipfeldiskussionen ging es v.a. um wirtschaftliche Kooperation zwischen Lateinamerika und der EU. Was konkret darunter zu verstehen ist, zeigt das Beispiel einer Zellulosefabrik. Der argentinische Präsident Nestor Kirchner kritisiert in Zusammenhang mit dem Bau der Papierfabriken die EU-RepräsentantInnen: "Europäische Unternehmen haben beim Bau von Zellulosefabriken großen Umfangs in unserer Region Normen umgangen, die sie hier in Europa angewandt hätten." Wenn Schüssel sagt, die 62 Staaten hätten sich auf mehr Kooperation unter anderem beim Kampf gegen die Armut verständigt, dann ist klar, dass das nur ein Lippenbekenntnis ist. Genauso wie die Punkte der "Wiener Erklärung", der Abschluss-Erklärung des Lateinamerikagipfels: Die Menschenrechte - v.a. jene von Armen und Indigenas - sind den europäischen Unternehmen völlig egal. Sie wollen die EinwohnerInnen Lateinamerikas auch nicht selbst entscheiden lassen, was sie mit ihren natürlichen Ressourcen machen. Der britische Premiermi-

nister Tony Blair z.B. kritisiert Bolivien wegen dem Vorhaben zur Verstaatlichung der Öl- und Gasvorkommen. Er versuchte Morales und Chavez zu belehren und meinte, die linkspopulistischen Präsidenten Evo Morales und Hugo Chavez müssten im Umgang mit Energiegewinnung vorsichtiger umgehen, die Verstaatlichung gebe Anlass zur Sorge. Wolfgang Schüssel hingegen drohte indirekt damit, die Investoren aus Bolivien und Venezuela "abzuziehen" als er sagte: "Investoren sind wie scheue Rehe, sie kommen nur, wenn Rechtssicherheit von innen gegeben ist."

Wer macht die sozialistische Revolution in Lateinamerika?

Es ist gut, wenn ein Präsident von Sozialismus spricht und ein anderer Verstaatlichungen durchführt. Aber die Gefahr besteht, dass Chavez und Morales zwar jetzt mit einem radikalen Kurs anfangen aber spätestens wenn die Investoren und Unternehmen ihre Drohungen wahr machen und in diesen Ländern nicht mehr investieren, den Kurs bremsen. Ausbleibende Investitionen, ein Lieferboykott und wirtschaftliche Sabotage können die Armut der Bevölkerung dieser Staaten noch verstärken, wenn die wirtschaftliche Grundlage der Kapi-



talismus bleibt und diese Staaten alleine dastehen.

Eine sozialistische Revolution in Lateinamerika ist notwendig und möglich. Sie würde nicht nur mich begeistern, sondern auch Millionen Jugendliche auf der ganzen Welt. Doch damit Bolivien und Venezuela zwei wirklich sozialistische Staaten werden, ist ein Bruch mit dem Kapitalismus und eine revolutionäre Bewegung in ganz Lateinamerika nötig. Und dafür braucht es keine Gipfeltreffen mit den Herrschenden anderer Länder (egal ob EU oder Lateinamerika). Dafür braucht es eine starke, internationale, sozialistische Bewegung der ArbeiterInnen und Jugendlichen.

WM 2006: Wenn der Ball nicht ganz so rund läuft

"Wenn ich den Rasen betrete, sehe ich auf der Tribüne Typen in schwarzen Anzügen, als ob sie zur Beerdigung kommen." D. Deschamps

von Jakob Rosenberg,
SLP Wien

Am 9. Juni ist es soweit: Die Fußball WM 2006 in Deutschland wird angepfiffen. Wer meint, es ginge dabei um Ballzauber aus aller Welt, irrt... Längst wurde das Spiel dem Geschäft untergeordnet.

FIFA: Markt, Macht, Mafia

Die wichtigste Institution der Vermarktung der WM ist der internationale Fußballverband FIFA, dessen Bürokratie es seit der WM 1974 in Deutschland bestens versteht seine Macht auszubauen und eine Menge Profit einzufahren. Die FIFA verwendet ihre ökonomische Position, die sie durch die exklusiven Vermarktungsrechte besitzt, dazu strategische Partner - in Form von nationalen Komitees, Sponsoren und TV Anstalten - an Land zu ziehen, die ihre eigene Bürokratie stärken. So diente z.B. die letzte WM in Japan und Südkorea vordergründig zwei Zielen. Einerseits ging es um Allianzen mit traditionell unbedeutenden nationalen Komitees aus Asien und zweitens um die Erschließung eines riesigen wachsenden Markts potentieller Fußball-KonsumentInnen in Asien. Die Geldsummen, die die FIFA verteilen kann und einstreift, sind enorm - im Geschäftsjahr 2005 machte der "nicht profitorientierte" Verein einen Gewinn von rund 138 Millionen Euro.

Finanziert wird das FIFA Machtgebäude in erster Linie durch sogenannte Wettbewerbsmaßnahmen, d.h. in erster Linie Sponsoren und TV-Anstalten. Seit der WM 1978 in Argentinien setzt die FIFA auf exklusive Großsponsoren, die

bereitwillig Millionensummen ausgeben, um ihre Werbetätigkeiten zu platzieren. Mit ihren Markenrechte wird so ein immer stärker wachsender Markt erreicht, der weit über die Grenzen der teilnehmenden Mannschaften hinausgeht. Die Sportbegeisterung wird angefacht, um möglichst viele Merchandise Produkte der Teams und der sogenannten Stars an den Mann und die Frau zu bringen. Das Spiel tritt



dabei in den Hintergrund: David Beckham, ohne Zweifel ein guter Fußballer, wird zum Beispiel als Mode-Ikone gehypt, die Magie eines Diego Maradona wird er dabei allerdings nie erreichen.

Neben den exklusiven Sponsoren kämpfen die weltweit führenden Sportartikelhersteller als sogenannte Teamausstatter um den Absatzmarkt Fußball. Während Nike und Adidas v.a. auf potente Teams setzen, versucht sich Puma als Trendsetter um seine Leiberl zu verkaufen. Die Werbetätigkeit dieser Trikots und für Stars maßgeschneiderten Schuhe ist eindeutig: "Mit Ronaldinos Schuhen, dribbelst auch du wie der Weltmeister!" Der Kampf um den Titel ist zwar zwischen Puma, Adidas, Nike und den Außenseitern noch offen, die FIFA hat

ihren Favoriten aber schon gewählt: die Schiedsrichter kommen ebenso wie die WM-Bälle von Adidas.

Die FIFA Funktionäre werden nicht müde die wahre Bedeutung des Fußballs zu betonen. Demnach ginge es je nach Laune des jeweils Interviewten um Fairplay, Völkerverbindung, Antirassismus, sportliche Erfolge, etc. Im Mittelpunkt stehe aber nicht das gewinnende Team, sondern die



Fans. Trotz aller Heuchelei stimmt diese Feststellung (mit einem Einschränkungskatalog) auch. Schließlich sind es die Fußballfans, die der Fußballbürokratie und den anderweitig Beteiligten (von den Sponsoren bis zu den Spielern) ihr Geld bringen. Allerdings weiß die FIFA auch, welche Fans ihr die Liebsten sind. Diejenigen, die sich mit möglichst viel Merchandise-Kram ausstatten und ihr Team über pay-per-view Fernsehen verfolgen. Ins Stadion sollten sie besser nicht kommen und wenn sie an Mitspracherecht bei ihren Vereinen denken, handelt es sich sowieso um Ketzerei. Um diese Maxime auch möglichst effizient durchzusetzen werden sie durch überhöhte Ticketpreise, Ticketmangel und rigorose Sicherheitseinschränkungen von den Stadien fern-

gehalten. In diesen sitzen, wie das Eingangszitat vom ehemaligen Kapitän der französischen Nationalmannschaft Didier Deschamps zeigt, heute v.a. die sogenannten Spitzen der Gesellschaft. Den tatsächlichen Fans bleibt nur ein teurer Premiere-Vertrag.

Ein anderer Fußball ist möglich

Das Geschäft mit dem Fußball und seinen Fans blüht, sowohl legal (Werbung, etc.) als auch weniger legal (Wettskandale, Bestechung, Betrug, ...)

Obwohl sich der große Fußball in diese negative Richtung bewegt, gibt es zum Glück auch eine Fülle an Gegenbewegungen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Fußball wird durch kritische Publikationen (wie das österreichische Fußballmagazin Ballesterer) abseits des Konsumhypes bereichert. Fans schließen sich demokratische zusammen um ihre Interessen zu organisieren und um sich ihre Freude am Spiel nicht nehmen zu lassen. In Extremfällen kommt es immer häufiger sogar zu Fan-Neugründungen, ihrer an Großunternehmer verkauften Traditionsvereine. Beste Beispiele hierfür sind der FC United aus Manchester oder auch die Austria Salzburg, die in unteren Ligen neu einsteigen. Das Match um das schönste Spiel der Welt ist also noch lange

TERMIN

nicht entschieden ...

Freitag, 09.06.'06, 19:30
Fußball: Alternativen
zum totalen Kommerz?

"Bunte Kuh", 5., Zentag./Ecke
Siebenbrunneng.

"Wir entschuldigen uns für diesen Pfuscher ..."

Mai-Vorwärts schon nach wenigen Tagen ausverkauft

Im Mai haben wir uns leider verkalkuliert. Wir haben zu wenig Zeitungen gedruckt. Eine Woche nach dem 1. Mai war das Vorwärts Nr. 156 restlos ausverkauft. Daher haben wir improvisiert. Mit kopierten Zeitungen (und dem Hinweis: "Wir entschuldigen uns für diesen Pfuscher..."), mit Broschüren und Flugblätter.

Der Titel der Mai-Nummer war "ÖGB verteidigen heißt ÖGB verändern". Er drückte aus, was sich viele ÖGB-Mitglieder denken. Das merkten wir am 1. Mai, als wir bei den Maiaufmärschen in Wien, Linz und Salzburg insgesamt 747 Zeitungen verkauften. Wir haben mit einem Transparent, T-Shirts und eben Vorwärts die Krise des ÖGB angesprochen und als einzige Lösungen vorgeschlagen. Keine andere linke Organisation hat das Thema zentral aufgegriffen

(was sich auch in diversen Medienauftritten - Report, Standard, Presse, Wien heute, Profil...niederschlug). Die (Pseudo-)Kritik von Gusenbauer wirkt bestenfalls aufgesetzt, wenn er sich jetzt über das Verzetnitsch-Penthouse aufzuregen, nachdem man es jahrelang verteidigt hatte.

SLP zur ÖGB-Krise

Lösungen für die ÖGB-Krise waren auch bei der BetriebsrätInnenkonferenz der Gewerkschaft Bau-Holz und beim Gewerkschaftstag der Gewerkschaft G-MTN angesagt. Die Bau-Holz'ler wollten gleich unsere T-Shirts mit dem Slogan "ÖGB verteidigen heißt ÖGB verändern" haben. Bei der G-MTN war Vorwärts dann endgültig ausverkauft. Die Veranstaltung mit Willi Mernyi, einem der Initiatoren

von "Zeichen setzen", sowie Vertretern der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, der UG und des GLB zum Thema "ÖGB-Krise: Ursachen und Lösungen" stieß daher auch auf reges Interesse. Das Veranstaltungsort "Piwnica" platze aus allen Nähten, es waren TeilnehmerInnen aus mindestens vier Bundesländern anwesend.

Antifaschismus und Internationalismus

Auch bei anderen Ereignissen und Themen haben wir im Mai versucht, sozialistische Positionen einzubringen. Bei der Befreiungsfeier in Mauthausen hatten wir für die vielen internationalen TeilnehmerInnen Material unserer Schwesterorganisationen in Britannien, Polen, Irland, Ita-

lien und Venezuela. Bei Enlizando Alternativas 2, dem alternativen Lateinamerika-Gipfel, und beim Südwind-Strassenfest präsentierten wir unsere neue Broschüre mit Texten zu Venezuela, Bolivien und den MigrantInnenprotesten in den USA. Unser Material hatte v.a. das Ziel sich nicht auf einen Chavez-Fanclub zu beschränken, sondern aufzuzeigen, welche Schritte notwendig sind, um in Venezuela tatsächlich eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte

LINZ

jeweils Montag, 17.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

SALZBURG

jeweils Donnerstag, 18.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

WIEN

jeden Mittwoch um 19 Uhr
SLP Wien West, "Fünfhäuser Stüberl",
1150 Wien, Löhrgasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

jeden Donnerstag um 18 Uhr
SLP Wien Nord, "Piwnica" (ehem. Peer Gynt), 1200 Wien,
Jägerstraße 38 (U4 Friedensbrücke, U6 Jägerstraße, 5, 33)

jeden Freitag um 18.30 Uhr
SLP Wien Ost, "Pizzeria Topolino" 1030 Wien
Ungarg. 4 (Nähe Landstraße/Wien Mitte)

jeden Freitag um 19 Uhr
SLP Wien Süd, "Bunte Kuh", 1050 Wien, Siebenbrunneng./
Ecke Zentag. (U4 Pilgramgasse, 12A, 14A)

SWI-Treffpunkt in Wien

jeden Montag um 17.30 Uhr
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)



VORWÄRTS ist die Zeitung für
Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für
ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld,
aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



Die Website der Sozialistischen
LinksPartei - seit Mai 2005 in
neuem Gewand, mit mehr und
aktuellerem Inhalt. Jetzt besuchen!



Neues aus dem CWI

Chavez ist weg - und nun?

Eine kritische Nachbetrachtung

Die Medien stilisierten ihn zum Popstar des Lateinamerika Gipfels in Wien. Nicht ganz unschuldig waren daran die Veranstalter der "Hallo Präsident" - Kundgebung und der Chavez-Showveranstaltung in der Arena aus dem Umfeld der Sozialistischen Jugend, bzw. der Gruppe Funke. Der Massenandrang von bis zu 5.000 Jugendlichen bei diesem Event zeigt ohne Zweifel den Wunsch nach einer anderen Welt - doch wie können wir den "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" (Chavez) erreichen?

In der neuen Broschüre der SJ wird die zweideutige Haltung der Regierung Venezuelas zur Verstaatlichung und zur Zerschlagung alter Machtstrukturen, als schrittweise Umsetzung des Sozialismus "von Unten" schön geschrieben. Ebenso wenig wird eine internationale Strategie kritisch beleuchtet, die Errungenschaften des revolutionären Prozesses z.B. durch ein Bündnis mit dem iranischen Regime festigen will. Statt einer ernsthaften Auseinandersetzung bleibt angesichts solcher Lee(h)re nur der Show-Effekt übrig. Internationalismus ist aber mehr als eine Chavez-Show - auch wenn man sich dann vielleicht nicht sicher sein kann ob der "Presidente" dann wirklich einer Einladung in die Wiener Arena folgt. Et was kleinere Brötchen haben demgegenüber zwar die "trotzkistischen" Veranstalter einer Diskussion mit dem sozialistischen Gewerkschafter Stalin Pérez Borges aus Venezuela gebakken, die zeitgleich stattfand. 150 TeilnehmerInnen - darunter auch ein gutes Dutzend SLP-Mitglieder - bekamen dafür allerdings mehr als Personenkult und ein paar starke Sprüche serviert. Ein anderes Mitglied von Stalin Pérez Borges Strömung (UNT und PRS), Ruben Linares, der im Vorfeld für die Veranstaltung in der Arena sogar angekündigt worden war, konnte dort übrigens dort plötzlich nicht zu Wort kommen (...).

Darüber hinaus gilt zudem: Internationale Arbeit enthebt SozialistInnen keineswegs der Verantwortung dort wo man lebt und arbeitet für Veränderungen zu kämpfen. Oder konnte man die massiven Wortmeldungen von SJ und Co. zur ÖGB/BAWAG-Krise in der letzten Zeit aufgrund der Chavez-Sprechchöre einfach nicht hören?

Die Arbeit von SozialistInnen in der Anti-Kriegs-Bewegung in den Vereinigten Staaten. Teil 3 unserer USA-Serie
"No Justice, No Peace, U.S. Out of the Middle East"

von Margarita Döller, SLP Wien

Die letzten Wochen und Monate waren geprägt von Protestaktionen von Jugendlichen gegen die Politik der Bush-Administration und anderen Kriegstreibern in den USA. Am 2.11.05 organisierte "Youth Against War and Racism" (YAWR) Schulstreiks und Studentendemonstrationen in verschiedenen Städten. Die Schwesterorganisation der SLP in den USA, Socialist Alternative (SA), spielte darin eine zentrale Rolle.

3. Jahrestag des Kriegsbeginns

Den 18. März 2006 nahmen tausende Jugendliche in den USA als Anlass, um ein weiteres Mal gegen Krieg und Rassismus auf die Straße zu gehen. Unter dem Banner der Socialist Alternative "End War. End Racism. Fight for a Socialist Future" forderten 4.000 SchülerInnen und StudentInnen in Minneapolis den Abzug der Truppen aus dem Irak. US-weit waren es die größten Proteste seit den Tag-X-Demonstrationen. YAWR und Socialist Alternative haben die Aktionen erfolgreich organisiert und genutzt,



um die nächsten StudentInnenproteste zu bewerben. Am 28. April verließen tausende Anti-Kriegs-AktivistInnen die Klasse und demonstrierten vor einem Rekrutierungszentrum der Armee.

Mit den Demokraten gegen Krieg?

Neben Ideen für neue Aktionen bringt die Socialist Alternative auch wichtige politische Positionen für die Bewegung ein und verteidigt diese

gegenüber anderen Bündnispartnern. Die Anti-Kriegs-Bewegung besteht aus verschiedenen Organisationen und frischen Schichten von Jugendlichen. Momentan stellt sich in den USA konkret die Frage, ob mit einem Wahlsieg der Demokraten im November der Krieg und die Besetzung des Irak ein Ende hätte. Anlass für die Diskussion sind Aussagen von verschiedenen Politikern der Demokraten, die die Bush-Administration gegenüber anderen Bündnispartnern kritisierten. Seitdem sind einige Führungspersonlichkeiten der Bewegung der Ansicht, man solle die Anti-Kriegs-AktivistInnen als Wahlhelfer für die Demokraten einsetzen, damit diese die Mehrheit im Kongresshaus erlangen. Unsere Schwesterorganisation sieht das ganz anders. Ein solcher Kurswechsel der Bewegung würde in einer Sackgasse enden, denn eine Partei, die vor 3 Jahren dem Krieg zugestimmt hat und seit Jahrzehnten Geld von den Jugend-

lichen abzieht und dieses für militärische Aktionen einsetzt, ist kein Bündnispartner im Kampf gegen Krieg und Rassismus.

Wie kann die Bewegung erfolgreich sein?

Die Bewegung muss die finanziellen und menschlichen Kosten des Krieges aufzeigen und den Kampf für Frieden und den Kampf gegen Sozialabbau, Armut und Rassismus verbinden. Die Proteste von Jugendlichen müssen mit Arbeitskämpfen verlinkt werden, damit die Anti-Kriegs-Bewegung gestärkt wird und den Protesten mehr Ausdruck verliehen werden kann.

Für mehr Informationen zu unserer Arbeit in den USA und zum weiteren Verfolgen der Ereignisse empfehlen wir folgende Webseiten: www.socialistalternative.org und www.yawr.org

TERMIN

Donnerstag, 01.06.'06, 18:00
Das andere Amerika: Die Rolle der amerikanischen SozialistInnen in der Antikriegs-Bewegung

"Piwnica" (früher: Peer Gynt), Wien 20., Jägerstraße 38

Neue Linkspartei mit uralten Methoden?

Berlin wählt WASG!

Von John Evers, SLP Wien

"Ich stehe für eine Opposition gegen Ein-Euro-Jobs, Tarifflucht, Ausgrenzung und Privatisierung. Wir sind die einzige Partei, die abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen und Ausgegrenzten eine Stimme im Parlament verleiht." (Lucy Redler, Spitzenkandidatin der Wahlalternative soziale Gerechtigkeit, WASG bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus Berlin im September 2006).

Die Idee einer neuen Partei

Die "Wahlalternative" (WASG) hatte sich als neue linke Partei 2005 aus den großen Bewegungen gegen den Sozialabbau von rot-grün entwickelt. Dieser Formierungsprozess war auch eine Reaktion auf die Entwicklung der "Partei des demokratischen Sozialismus" (PDS). Die PDS konnte als SED-Nachfolgerin im Westen Deutschlands nie Fuß fassen. Im Osten saß und sitzt sie demgegenüber in Sozialabbauregierungen auf Landesebene und wurde dafür auch zunehmend bei Wahlen abgestraft. Bei den Bundestags Wahlen 2005 gingen beide Parteien schließlich eine Listenverbindung ein, die mehr als acht Prozent erhielt. Dieses Ergebnis wird seitdem vor allem von den beiden Parteiführungen, die gemeinsam im Bundestag sitzen, als Auftrag für eine bedingungslose

Fusion interpretiert. Im Gründungsprogramm der WASG vom 22. Januar 2005 heißt es allerdings auch: "An einer Regierung in Land oder Bund werden wir uns nur dann beteiligen, wenn dies zu einem grundlegenden Politikwechsel in Richtung unserer Forderungen führt." Genau die Nichterfüllung dieses Anspruchs durch die PDS führte nun zu massiver Opposition gegen den angestrebten Vereinigungsprozess von "Oben."

Armutshauptstadt Deutschlands

Mit über 3,2 Millionen EinwohnerInnen und 18,2 Prozent Arbeitslosen ist Berlin nicht nur die weitaus größte Stadt Deutschlands, sondern auch Armutshauptstadt. Finanziell hat die Dynamik der Wende Berlin zu einer Metropole mit der höchsten pro Kopf Verschuldung der Welt werden lassen: "Berlin ist pleite (...). Der Berliner Haushaltsnotstand ist auch die Folge der rot-grünen und nun schwarz-roten Umverteilungspolitik von unten nach oben im Bund, die die Finanzen der Länder und Kommunen dramatisch geschwächt hat" heißt es dazu im Wahlauftrag der WASG-Berlin. Ebenso steht dort aber auch: "Wir" sind durchaus nicht pleite. "Das Vermögen der 100 reichsten Privatpersonen und Familien liegt zur Zeit bei 330 Milliarden Euro - das ist fast



ein Viertel der Gesamt-Staatsverschuldung." Ganz anders sieht die PDS Berlin, die gemeinsam mit der SPD die Stadt regiert, ihren politischen Auftrag. Statt Widerstand gegen Kürzungen zu organisieren, setzt sie auf das Einklagen von mehr Geld durch den Bund beim Bundesgerichtshof. Ansonsten wird angesichts der Haushaltnotlage die Umsetzung von Kürzungen und Privatisierungen als alternativlos dargestellt und auf die "Leistungen" im Rahmen des derart Machbaren verwiesen. Konkret bedeutet das "Machbare", der Belegschaft der Uniklinik Charité durch den zuständigen PDS Senator mit Kündigung zu drohen, wenn diese einem Lohnabsen-

kungstarifvertrag nicht zustimmt. Wie die stellvertretende Vorsitzende der PDS richtig bemerkt wurde die WASG in Berlin vornehmlich gegen diese PDS und ihre Regierungsbeteiligung gegründet - der Gewerkschaftssprecher der Charite (Carsten Becker) steht auf Platz drei der WASG-Berlin Liste (Vgl.: Neues Deutschland, 5.5.2006).

"Aber die Politik des kleineren Übels ist vor allem eins: ein Übel."

Mit dieser Haltung lehnt die WASG Berlin es ab, zugunsten der PDS auf ein eigenständiges Antreten zu verzichten. Doch statt diese Grundlagen der WASG in der Öffentlich-

keit - auch gegen die Berliner Regierung - zu verteidigen und sie zur politischen Basis von Fusionsgesprächen zu erklären, wurde vom Parlamentsklub WASG/PDS eine Jagd auf tatsächliche und vermeintliche TrotzkistInnen eröffnet. Diese Vorwürfe schießen allerdings alleine schon deshalb am Ziel vorbei, weil neben dem Berliner Landesverband in dem die deutsche Schwesterorganisationen der SLP (SAV) stärker vertreten ist, auch jener Mecklenburg-Vorpommerns ein Antreten gegen die mitregierende PDS beschlossen hat. Den Höhepunkt dieser Kampagne stellt nun der Versuch dar, die Landesverbände mittels Einsatz von Kommissaren des Bundesvorstandes aufzulösen. Mehrere deklarierte "Nichttrotzkisten" - wie z.B. Joachim Bischof - waren vorher aus Protest gegen diese sich abzeichnenden Brachialmethoden aus dem Vorstand zurückgetreten. Die WASG Berlin reagierte demokratisch und offensiv - u.a. am 16.5. mit der Abhaltung eines Landesparteitages, welcher mit einer Gegenstimme den eigenständigen Antritt bestätigte.

Typ: Auf der Webseite der SAV www.sozialismus.info kann die weitere Entwicklung in Berlin, ebenso verfolgt werden, wie im Rahmen der SLP-Ortsgruppe Wien-Süd (s. Seite 6), die wöchentliche "Updates" bietet.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 157

Juni 2006

21. Juni in Wien: No to Bush & Co

*Während die Regierung Bush empfängt, bereiten wir einen heißen Empfang vor:
21. Juni 2006: Am Vormittag gibt es Schulstreiks an vielen Wiener Schulen, ab 17 Uhr eine
Demonstration gegen Bush, Krieg und Rassismus (Treffpunkt Wien, Westbahnhof)*

von Laura Rafetseder, SWI

George Bush steht für neoliberale Politik, für Kriegstreiberei und religiösen Fundamentalismus. Auch die österreichische Regierung betreibt Aufrüstung, Sparpolitik und die Einschränkung demokratischer Rechte. Darum "No to Bush & Co". Mach mit bei Demonstration, Schulstreik und Aktionen rund um den Bush-Besuch in Wien am 21. Juni!

"No to Bush & Co" ...

... ist eine Kampagne von Sozialistischer Widerstand International und der Sozialistischen Linkspartei. Sie richtet sich nicht nur gegen George W. Bush und seine Politik sondern auch gegen jene der vermeintlichen "Friedenstäubchen" - die Aufrüstungs- und Sparpolitik der österreichischen Regierung und der EU. Das Geld, das in Militärbudgets und Eurofighter gesteckt wird, fehlt an anderen Ecken - zum Beispiel Bildungs- und Sozialwesen. Bush & Co wollen uns weismachen, dass es um einen Kulturkampf der westlichen gegen die islamische Welt geht - wir sagen: es geht um den Kampf der weltweiten ArbeiterInnenklasse gegen die Herrschenden in den jeweiligen Ländern. Das "& Co." steht für all jene PolitikerInnen die dieselbe Politik wie Bush machen - auch wenn sie behaupten gegen Bush zu sein. Unsere GegnerInnen sind nicht die Jugendlichen oder ArbeitnehmerInnen in den USA, die ähnliche Probleme haben wie wir. Dass



es auch in den USA Arm und Reich gibt, dass es auch in den USA unterschiedliche Klasseninteressen gibt, zeigt nicht nur die MigrantInnen-Bewegung, in deren Rahmen am 1. Mai Streiks stattfanden, sondern auch die zunehmende Zahl an Streiks und Klassenkämpfen in den USA insgesamt. Schuld an der steigenden Bedrohung durch Krieg und Terror ist der Kapitalismus. Und nur eine internationale Bewegung von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Arbeitslosen und PensionistInnen kann dem ein Ende bereiten. Wir müssen gemeinsam gegen die Politik der Herrschenden - Ausbeutung, Rassismus, Sozialabbau und Aufrüstung - kämpfen. Wir brauchen eine sozialistische Gesellschaft - mit einer demokratisch nach den Bedürfnissen der Menschen geplanten Wirtschaft. Nur so kann dauerhafter Frieden gesichert werden.

"Manche sagen, ein Schulstreik gegen Bush bringt nichts. Wie können wir hier in Österreich gegen den US-Präsidenten streiken? Wir denken, dass es bei diesem Schulstreik ja nicht nur um die Politik Bush geht, sondern auch um die der österreichischen Bundesregierung. In den letzten Jahren wurde viel Geld in Aufrüstung gesteckt, dieses Geld wäre im Bildungs- oder Sozialwesen besser aufgehoben.

Und unsere Regierung kann ein Schulstreik sehr wohl unter Druck setzen."

(Helene, Aktionskomitee Stubenbastei)

"Wir beteiligen uns an den Aktionen gegen Bush, weil wir gegen die Besetzung im Irak sind und nicht wollen, dass die USA den Iran angreift. Wir sind aber auch gegen die weltweite Aufrüstung, nicht nur gegen die der USA. Die Politik der Bushs, Schüssels und Ahmadinejads geht auf die Kosten von Jugendlichen und ArbeitnehmerInnen in den jeweiligen Ländern. Und dagegen müssen wir uns wehren - gemeinsam."

(Lena und Sara, Aktionskomitee Boehavegasse)

... heißt jetzt aktiv werden!

Wir wollen mit Aktionskomitees an den Schulen dafür sorgen, dass Schulstreik und Demonstration rund um den 21. Juni möglichst groß und kämpferisch auftreten. Das kannst du tun: Organisiere ein Schulkomitee an deiner Schule. Wie das geht? Diskutiere mit MitschülerInnen, LehrerInnen, FreundInnen und Bekannten. Macht den Bush-Besuch zum Thema! Sammelt Namen und Adressen von allen die mitmachen wollen! Organisiert ein Treffen von Interessierten, diskutiert Forderungen und wie ihr für

Schulstreik und Demonstration mobilisieren könnt. Kündigt beides in der Schule an, indem ihr durch die Klassen geht und MitschülerInnen informiert und auffordert mitzumachen! Malt ein Transparent oder bastelt Tafeln! Orga-

nisiert am Tag des Schulstreiks Streikposten vor der Schule und kommt gemeinsam zum Demonstrationstreffpunkt. SWI hilft gerne bei der Organisation von Aktionskomitees, Diskussionen etc.

Internationalismus statt Rassismus! Eine Initiative der Sozialistischen Linkspartei

Im Rahmen der Diskussionen über mögliche RednerInnen sind im Bündnis "Bush go home" verschiedene Vorschläge gefallen. Für die SLP ist dabei wichtig, dass die RednerInnen nicht nur gegen die Kriegspolitik der USA, sondern auch gegen Rassismus und neoliberale Politik auftreten. Deshalb lehnen wir den ernsthaft formulierten Vorschlag, einen Vertreter der fundamentalistischen Hamas (!) als Redner einzuladen, ab. Wir treten im Komitee "Bush go home" ausschließlich für RednerInnen ein, die für wirklich antiimperialistische Inhalte stehen. Die SLP schlägt deshalb vor, als Gast auf der Demonstration einen Vertreter der YAWR - eine Jugendorganisation in den USA, die an den Schulen und Unis aktiv gegen die Versuche der US-Armee auftritt, Jugendliche für die Armee zu rekrutieren - zu Wort kommen zu lassen.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► **Mehr
Programm!**

Das Programm der
Sozialistischen Linkspartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at